Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung

Parlamentssekretariat
Eingang:
01.03.2019 10:31

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 11044 Berlin

An die
Abgeordnete des Deutschen Bundestages
Frau Lisa Badum MdB
Deutscher Bundestag
11011 Berlin

Dr. Tilman Seeger
Stellvertretender Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung

HAUSANSCHRIFT
Dorotheenstr. 84
10117 Berlin

POSTANSCHRIFT
11044 Berlin

TEL + 49 (0)3018 272-2600 / 2601
FAX + 49 (0)3018 272-2602

tilman.seeger@bpa.bund.de
www.bundesregierung.de

Ihre Schriftliche Frage an die Bundesregierung (2/239)

Berlin, den 26. Februar 2019

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

Ihre Schriftliche Frage vom 19. Februar 2019 beantworte ich wie folgt:

> „Ist die Aussage der Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der Münchner Sicherheitskonferenz, welche die aktuellen Schulstreiks und Proteste von Kindern für mehr Klimaschutz in Zusammenhang mit „hybrider Kriegsführung" durch Russland bringt (https://www.heise.de/tp/news/Schulstreiks-Merkel-sieht-Russland-am-Werk-4311139.html), abgestimmte Position der Bundesregierung und wenn nein, wie positioniert sich die Bundesregierung zu den aktuell stattfindenden Schulstreiks unter anderem der Bewegung „Fridays for Future" (siehe z.B. https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/fridays-for-future-schuelerstreik-fuer-das-klima-16043847.html)?„

Antwort:
Bereits am 8. Februar 2019 hat der Regierungssprecher im Namen der Bundeskanzlerin über die Schülerproteste Folgendes gesagt: „Es ist immer zu begrüßen, wenn sich Bürger politisch engagieren, in diesem Fall: wenn sich Bürger und gerade auch junge Bürger für den Klimaschutz engagieren. Denn es ist klar: Gerade die junge Generation hat zu Recht an die Politik da hohe Erwartungen. Klar ist auch: Klimaschutzpolitik kann nur gelingen, wenn

Staat und Bürger das Gleiche wollen oder jedenfalls in die gleiche Richtung gehen. Nur dann kann das erfolgreich sein. Die Schulpflicht ist zu beachten, aber das wird natürlich vernünftigerweise nicht von der Bundesregierung geregelt, sondern eigenverantwortlich von den Schulen vor Ort."

Am 16. Februar 2019 hat die Bundeskanzlerin auf der Münchener Sicherheitskonferenz gesagt, das Engagement von Schülern in der Klimapolitik sei „ein wirklich wichtiges Anliegen". Sie bezog sich dabei auf die Schülerproteste als ein Beispiel für die Mobilisierung im Internet. Das hat der Regierungssprecher bereits am 16. Februar 2019 in einem Tweet klargestellt.

Mit freundlichen Grüßen

in Vertretung

Anlagen